

16. Beilage im Jahr 2024 zu den Sitzungsunterlagen  
des XXXI. Vorarlberger Landtages

---

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 16/2024

An das  
Präsidium des Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, am 01.02.2024

**Betreff: Wie transparent ist Vorarlberg wirklich? - Corona-Hilfen endlich  
veröffentlichen!**

Sehr geehrter Herr Präsident,

Vorarlberg hat ein elaboriertes Fördersystem für Unternehmen. Bisher war es allerdings kaum möglich, einen detaillierten Einblick in die einzelnen Förderungen, Mikrokrediten, Stundungen und sonstige Zahlungsflüsse zu gewinnen. Mit der sogenannten „Vorarlberg transparent“-Initiative sollten fortan alle Zahlungen des Landes an Unternehmen nicht nur erfasst, sondern vor allem für jede Recherche oder das simple Interesse einer Einzelperson offen zugänglich gemacht werden. Zumindest wurde das in vielen Presseaussendungen der Landesregierung vollmundig versprochen.<sup>1</sup>

Dass das nun jedoch nicht nur ein aufwendiges, sondern ergebnisarmes Unterfangen ist, ist nicht nur der Schwäche einer Datenbank – nämlich dem Transparenzportal Österreichs – geschuldet, denn die Landesregierung ist hinsichtlich der Coronahilfen für Unternehmen bisher, was die völlige Transparenz angeht, säumig.

Da es sich um Millionen an Steuergeldern handelt und die Landesregierung Transparenz explizit seit Juni 2022 zu ihrem Programm erklärt hat, wollten wir NEOS es genau wissen. Dafür haben wir eine Anfrage eingebracht, deren Beantwortung jedoch für mehr Kopfschütteln wie Klarheit sorgte, denn die Gesamtsummen der verschiedenen Corona-Hilfen sind jetzt zwar bekannt, Details - wie sie auf Bundesebene transparent gemacht wurden - bleiben in Vorarlberg im Dunkeln.<sup>2</sup> Dass es auch anders geht, zeigen andere Bereiche des Landes in denen Förderungen ausbezahlt werden. So listet der Kulturbericht des Landes Förderzahlungen bis ins letzte Detail aus.<sup>3</sup>

Es ist für uns NEOS eine grundsätzliche Haltungsfrage, dass Förderungen, welche mit Geld – mit Steuergeld - bezahlt werden, am Ende für alle einsehbar veröffentlicht werden. Es haben alle Vorarlbergerinnen und Vorarlberger das Recht zu wissen, was mit ihrem Geld passiert.

---

<sup>1</sup> <https://presse.vorarlberg.at/land/public/Land-Vorarlberg-setzt-neue-Ma-st-be-in-Sachen-Transparenz>

<sup>2</sup> Anfrage 29.01.490

<sup>3</sup> <https://vorarlberg.at/documents/302033/472173/Kulturbericht+2021.pdf/2665e0e6-0c35-79ba-e7f1-abb178b83274?t=1657605188470>

Diese grundsätzliche Haltung teilen zumindest die ÖVP-Nationalratsabgeordneten, wie sie in Reden im Plenum des Parlaments vollmundig erklärt haben, als die Transparenz der Coronahilfen im Nationalrat besiegelt wurde. So meinte ÖVP-Nationalrätin Angela Baumgartner: "Weil es eben viele Hilfsmaßnahmen und Unterstützungen gebraucht hat, haben alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Recht auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit, und das regelt eben dieses Gesetz. (...) Die heutige Änderung ist wieder ein Mosaikstein zur Verbesserung der Transparenz und trägt zur Wahrung des öffentlichen Interesses an der Mittelverwendung bei. (...) Auch die freiwilligen Meldungen der Länder und Gemeinden sollen vorangetrieben werden."<sup>4</sup>

Der ÖVP-Nationalrat Laurenz Pöttinger sagte: "Transparenz schafft Klarheit, und die Steuerzahler haben das Recht, zu erfahren, wie die Mittel eingesetzt werden. Mit Ende Juni sind die meisten Coronahilfsmaßnahmen ausgelaufen, und das haben wir zum Anlass genommen, die Covid-Hilfen für Unternehmen zu veröffentlichen. (...) Mit dieser Gesetzesinitiative schaffen wir umfassende Transparenz bei den Coronahilfen."<sup>5</sup>

Und der durchaus kritische ÖVP-Abgeordneter Franz Hörl hielt fest: "Die Verpflichtung, staatliche Transferzahlungen (...) in die Transparenzdatenbank einzuspeisen, gibt es schon bisher bei über 100.000 Euro. Diese Grenze setzen wir herab, weil uns Transparenz in der Koalition eben sehr, sehr wichtig ist – mir persönlich und der ÖVP ganz besonders."<sup>6</sup>

Um es sinngemäß den Worten von von ÖVP-Abgeordneten im Nationalrat zu sagen: Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben das Recht zu wissen, was mit ihrem Geld passiert. Das fordern wir ebenso ein.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

## ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

***„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ausbezahlten Unternehmensförderungen (wie in Anfrage 29.01.490 gelistet) so transparent zu machen, wie dies auf Bundesebene schon geschehen ist.“***

LAbg. KO Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

---

<sup>4</sup> [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/171/fnameorig\\_1545076.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/171/fnameorig_1545076.html)

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Ebd.

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

LAbg. Fabienne Lackner